

**ANFRAGE** von Mattea Meyer (SP, Winterthur) und Ursina Egli (SP, Stäfa)

betreffend Polizeilicher Umgang mit Jugendlichen im öffentlichen Raum

Das Polizeigesetz erlaubt es der Polizei, Personen von einem Ort wegzuweisen, wenn sie oder eine Ansammlung von Personen, der sie angehört, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, Dritte erheblich belästigt, gefährdet oder unberechtigterweise an der bestimmungsgemässen Nutzung des öffentlich zugänglichen Raumes hindert. Weiter sieht es eine Video- und Audioüberwachung im öffentlichen Raum vor.

Der öffentliche Raum ist Treffpunkt, Freiraum und Aufenthaltsort für alle Menschen, um sich zu entfalten. Diese Räume werden gerade gegenüber Jugendlichen immer mehr reguliert, mit Verboten versehen und überwacht. Nebst Wegweisungen und genannten Regelungen erschweren weitere Massnahmen, sich an einem zentralen Ort aufzuhalten und zu treffen. Es werden Parkbänke entfernt, Verbote erlassen, sich an bestimmten Orten zu treffen, oder Mosquito-Geräte installiert, um Jugendliche mittels hohen Frequenztönen zu vertreiben. Mosquito-Geräte werden als Abschreckungsmittel gegen junge Menschen eingerichtet und dürfen gemäss Bundesrat nur mit behördlicher Bewilligung errichtet oder geändert werden (Vgl. Interpellation 07.3323).

Weiter stellt die kostenintensive Videoüberwachung im öffentlichen Raum einerseits einen Eingriff in die Privatsphäre und persönliche Freiheit der Menschen dar, andererseits wird ihre Wirkung sehr kontrovers diskutiert.

In diesem Zusammenhang bitten wir deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Bilanz zieht der Regierungsrat drei Jahre nach Inkraftsetzung des Polizeigesetzes bezüglich Videoüberwachung?
2. Welche Bilanz zieht der Regierungsrat drei Jahre nach Inkraftsetzung des Polizeigesetzes bezüglich Wegweisung?
3. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, wie und wie häufig der Wegweisungsartikel angewendet wird?
4. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass der Wegweisungsartikel nicht willkürlich und unverhältnismässig eingesetzt wird - insbesondere gegenüber Jugendlichen?
5. Wie stellt sich der Regierungsrat zu den weiteren genannten Massnahmen, die insbesondere die Jugendlichen betreffen?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat den Einsatz von Mosquito-Geräten im öffentlichen Raum? Wie ist die gesetzliche Grundlage bezüglich Installation von Mosquito-Geräten im Kanton Zürich?

Mattea Meyer  
Ursina Egli